

## OBERSICHT

AUSSENPOLITIK

## WESTEUROPA

**(1) Neutronenwaffe, "Hollanditis", Pazifismus und die sowjetische Friedensoffensive: China stellt Zusammenhänge her**

Am 8. August kündigte US-Präsident Reagan den Bau der Neutronenbombe an. Beijing begrüßte diese Entscheidung, während Moskau sie aus verständlichen Gründen kritisierte und am 13. August auf der Sitzung des Genfer Abrüstungsausschusses ein Arbeitspapier verteilte, das in diesem Zusammenhang auch China angriff.

Der Leiter der chinesischen Delegation, Yu Peiwen, stellte klar, warum China die amerikanische Entscheidung für richtig halte, und gab dafür drei Gründe an.

1. Die Produktion von Neutronenbomben durch die USA wird sich auf das Nukleargleichgewicht zwischen der Sowjetunion und den USA vorteilhaft auswirken. China sei von jeher gegen das nukleare Wettrüsten und vertrete die Meinung, daß die beiden Supermächte als erste nuklear abrüsten sollten. Immerhin aber zeigt China Verständnis für das amerikanische Aufholverlangen.

2. Die Neutronenbombe werde die Panzerüberlegenheit der Sowjetunion in Europa beeinträchtigen. Die Neutronenbombe sei für die Panzer, was das DDT für die Fliegen sei. Immerhin habe der Warschauer Pakt 47.000 Panzer in Europa stehen, während der Westen nur 12.000 bereithalte (RMRB, 13.8.81).

3. Die Neutronenbombe versetze die USA in eine günstige Position angesichts neuer Abrüstungsverhandlungen (XNA, 22.8.81).

Wenn die Sowjetunion die Neutronenbombe als "unmenschlich", "besonders gefährlich" und "aggressiv" bezeichne, so vergesse sie, daß jede Waffe, ob Speer oder Nuklearbombe, dazu da sei, Menschen zu töten. Ob eine Waffe human oder inhuman ist, hänge von ihrer Zweckbestimmung ab und davon, ob sie zur Selbstverteidigung oder aber zur Aggression verwendet werde. Halte im übrigen Moskau nicht 250 SS-20-Raketen auf Westeuropa gerichtet und seien diese Waffen weniger grausam? (RMRB, 10.9.81). Im übrigen habe der Kreml inzwischen angekündigt, daß er ebenfalls in der Lage sei, Neutronenbomben zu produzieren (XNA, 28.8.81).

Zur täglich geübten Praxis von Xinhua gehört es außerdem, positive Reaktionen der Weltmeinung für die Neutronenbombe zusammenzustellen (z.B. XNA, 11.8.81).

Beijing hält die neue Entwicklung auch deshalb für positiv, weil sich bei vielen NATO-Ländern inzwischen die "Hollanditis" breitgemacht habe, die wie eine ansteckende Krankheit wirke. Immer mehr verfestigten sich in Europa pazifistische und neutralistische Tendenzen; sie führten zur Schwächung der Verteidigungsanstrengungen.

China ist sich sehr wohl bewußt, daß es die Bundesrepublik Deutschland sein wird, die am meisten von der Neutronenbombe betroffen sein könnte. Die Ostgrenze der Bundesrepublik ist gleichzeitig die Trennlinie der beiden Militärblöcke. Im Rahmen der NATO ist Westdeutschland das stärkste Mitglied in Westeuropa. Mehr als 200 der insgesamt 572 Mittelstreckenraketen, deren Aufstellung die NATO plant, sollen dort stationiert werden. Weigerte sich Bonn, die amerikanischen Raketen auf seinem Territorium zu stationieren, so wäre der "Doppelbeschluß" der NATO hinfällig, der im Dezember 1979 gefaßt wurde und der das Angebot von Verhandlungen an die Sowjetunion mit gleichzeitiger eigener Stärkung durch Aufrüstung verbindet. Gegen diesen "Doppelbeschluß" habe der Kreml sowohl die "friedenswilligen" Politiker in der SPD (z.B. Egon Bahr) als auch die "pazifistische" Bevölkerung mobilisiert. Die Sowjetunion versuche, wie es wörtlich heißt, "Pazifismus und Neutralismus in den westeuropäischen Ländern aufzustacheln" und habe zu diesem Zweck eine "Friedensoffensive" gestartet. Dadurch entstehe für Moskau ein günstiges Klima, um seine Offensive weiter fortzusetzen und einen Keil zwischen die USA und die westeuropäischen Länder zu treiben, die NATO zu spalten und ihren "Doppelbeschluß" aus den Angeln zu heben.

Auch suche der Kreml, den Europäern eine kernwaffenfreie Zone in Nordeuropa schmackhaft zu machen. Dieser Vorschlag grenze jedoch an Zynismus. Schweden und Finnland seien neutrale Länder, die über keine Kernwaffen verfügen. Norwegen und Dänemark seien zwar NATO-Mitglieder, besäßen aber ebenfalls keine Kernwaffen. Die Sowjetunion dagegen lagere auf der Kola-Halbinsel große Mengen von Nuklearwaffen. Auch die baltische Region sei ein sowjetisches Kernwaffenarsenal. Da die kernwaffenfreie Zone auch das Bundesland Schleswig-Holstein umfassen soll, sei die Absicht des Kreml leicht durchschaubar (XNA, 24.8.81).

-we-

**(2) Besuch des schwedischen Königspaares**

Vom 14. bis 23. September besuchte das schwedische Königspaar die VR China. Mit Schweden bestehen seit 31 Jahren diplomatische Beziehungen. Der skandinavische Staat war das erste westeuropäische Land, das mit der neuen VR China offizielle Kontakte aufnahm. Dies wurde bei den Bankettreden, u.a. auch von Deng Xiaoping, betont (XNA, 16.9.81).

Große Politik wurde bei dem Besuch nicht gemacht; dies wäre auch gar nicht Aufgabe des Königs, sondern der gewählten Regierung. Immerhin aber kamen am Rande des Besuches Themen zur Diskussion, die Skandinavien unmittelbar angehen, so z.B. der Vorschlag der Sowjetunion zur Errichtung einer nuklearfreien Zone in Skandinavien - ein Plan, der von RMRB (17.7.81) als Ausdruck des Zynismus verworfen wurde, da ja keines der skandinavischen Länder Nuklearwaffen besitze, die

Sowjetunion selbst aber auf der Kola-Halbinsel ein riesiges Atomwaffenarsenal unterhalte.

Auch die Ostseemanöver der Sowjetunion, an denen nicht nur Oberwasserschiffe und U-Boote der Ostseeflotte, sondern auch Kriegsschiffe der Nordmeer-, der Schwarzmeer- und der Pazifikflotte teilnahmen, wurden von der chinesischen Presse aufmerksam kommentiert. Die sowjetische Marine übte vor allem in der Nähe von Polen. Gleichzeitig kündigte die NATO ihr jährliches Manöver Autumn Forge '81 an. Dadurch kam "Unruhe in die Ostsee". Die Ostsee sei sowohl wirtschaftlich als auch militärisch von strategischer Bedeutung und sei deshalb schon von den alten Zaren begehrt worden. Die nord-europäischen Länder seien das "Opfer der sowjetischen Truppenverstärkung und der Durchführung von Militärmanövern in dieser Region" (BRu 1981, Nr.36, S.10).

-we-

### (3) Die spanische KP, Carrillo und der Eurokommunismus

Ende Juli hielt die KPS ihren X. Parteitag ab, bei dem Dolores Ibarruri wieder zur Parteivorsitzenden und Santiago Carrillo erneut zum Generalsekretär gewählt wurden. Der Parteitag verabschiedete ein politisches Programm und ein neues Statut und bestätigte nochmals den Eurokommunismus als Parteilinie. Die KPS war 1977 nach 40jähriger Illegalität wieder ins normale Parteileben zurückgekehrt und hatte 1978 ihren IX. Kongreß abgehalten.

In letzter Zeit war es zu zwei ideologischen Strömungen gekommen, die von der offiziellen Parteilinie abwichen: Die eine sprach sich gegen die eurokommunistische Linie, die andere gegen den demokratischen Zentralismus und für eine "Föderalisierung" des Parteiensystems (in Form der "Legalisierung von Fraktionen") aus. Beklagt wurde auch mangelnde Basisarbeit der Kader, die seit dem Wiedereintritt in den "legalen Kampf" zu sehr mit Parlamentsarbeit und mit der Administration in Stadtverwaltungen etc. belastet seien und sich kaum noch den "Massen" zuwendeten.

Diese drei Punkte wurden von der KPS behandelt - und zwar in Anwesenheit von Vertretern aus China und der Sowjetunion. Die chinesische Vertretung vermerkte mit Genugtuung, daß alle Lockungen der KPdSU (mit kostenlosen Reisen nach Moskau und in andere Länder des Ostblocks) die KPS nicht hätten spalten können. Die eurokommunistische Linie konnte schließlich erneut bekräftigt werden. In diesem Zusammenhang beschäftigte sich die chinesische Presse erneut mit dem "Eurokommunismus". Sein Hauptinhalt bestehe darin, daß das sowjetische "Modell" als einzige Möglichkeit des Sozialismus abgelehnt werde und daß der Sozialismus in Demokratie und Freiheit unter den konkreten Bedingungen des jeweiligen Landes verwirklicht werden müsse. Unter den 24 kommunistischen Parteien in den 20 westeuropäischen Ländern gebe es 8 Parteien, die dem "Eurokommunismus" offiziell anhängen, und 3, die ihn grundsätzlich bejahen. Insgesamt gehören diesen Parteien immerhin 2,8 Millionen Mitglieder an, das sind immerhin 87% aller 3,2 Millionen KP-Mitglieder in ganz Westeuropa.

China stimme bei weitem nicht mit allen Aussagen der Eurokommunisten überein, gehe aber davon aus, daß jedes Volk selbst wissen müsse, wie der eigene Sozialismus im einzelnen zu verwirklichen sei. Über den Eurokommunismus könne kein abstraktes, sondern nur ein konkretes Urteil gefällt werden. Hierbei werde schnell deutlich, daß beispielsweise die KPS korrekte Positionen beziehe, so z.B. in der Frage der Unab-

hängigkeit von einer "Führungspartei" und in der Ablehnung der sowjetischen Invasion Afghanistans (SWB, 18.9.81).

Am 29. August besuchte Santiago Carrillo zum zweiten Mal die VR China, wo er von Parteisekretär Hu Yaobang empfangen wurde. Sein letzter Besuch hatte erst im November 1980 stattgefunden. Damals war es auch zur Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen der KPCh und der KPS gekommen.

-we-

## SOWJETUNION UND OSTEUROPA

### (4) Moskau / Beijing: Grenzstreitigkeiten, Spionagevorwürfe, "Strategien" und Flottenausrüstung

Neben wenigen positiven Entwicklungen (Herausgabe der Werke Lu Xuns durch einen Moskauer Verlag und Veranstaltung einer Lu-Xun-Ausstellung durch die Sowjetisch-Chinesische Freundschaftsgesellschaft (XNA, 4. und 22.9.81) sowie chinesischen Aussagen, daß man an neuen Grenzverhandlungen interessiert sei, sind auch diesmal im Berichtszeitraum nur Phänomene einer fortdauernden Konfrontation zu verzeichnen.

a) Zu nennen ist hier zunächst der neu aufgeflamte Grenzstreit im Bereich der Pamir-Region (dazu Thema in diesem Heft).

b) Vorwürfe an die Adresse Moskaus, daß die Sowjetunion Dummgeschosse herstelle, die mit dem AK-47- und dem neuen AK-74-Gewehr verschossen werden könnten, obwohl die Herstellung solcher Waffen durch die Haager Konvention bereits 1899 verboten wurde (XNA, 23.7.81). Ferner verdächtigte Beijing Moskau der Lieferung und des Einsatzes von B- und C-Waffen in Laos und Kambodscha (vgl. Indochina-Artikel im vorliegenden Heft). Moskau umgekehrt beschuldigt Beijing des Handels mit Rauschgift, das für die USA, Westeuropa und Japan bestimmt ist. Der Schmuggel bringe Beijing jährlich Devisen in Höhe von etwa 15 Mrd. \$. Die US-Behörden vertuschten die Transaktionen, um die amerikanische Zusammenarbeit mit China nicht zu kompromittieren (SZ, 13.7.81 nach Sowjetskaja Ros-sija).

c) Am 18. September forderte der Leiter der Abteilung für sowjetische und osteuropäische Angelegenheiten des chinesischen Außenministeriums die sowjetische Botschaft in Beijing in einer Note auf, die antichinesischen Verleumdungen durch die "sowjetischen Behörden" einzustellen. Am 29. August 1981 beispielsweise habe die sowjetische zentrale Fernsehstation einen Film über einen angeblichen chinesischen Spion ausgestrahlt, der in die Sowjetunion entsandt worden sei. Bei dem Spion habe es sich um einen Mörder gehandelt; auch sonst sei der Streifen "äußerst niederträchtig" und habe das Ziel, "das sowjetische Volk gegen das chinesische Volk aufzuhetzen" (BRu 1981, Nr.39, S.9).

China sieht freilich seinerseits keinen Anlaß, mit Spionagevorwürfen gegenüber der Sowjetunion zurückhaltend zu sein, und zählt in einem Bericht von Xinhua (XNA, 22.9.81) Spionagefälle des KGB in aller Welt auf. Anfang August wurde in einer Gemeinde der Provinz Heilongjiang ein Chinese wegen angeblicher Spionage im Dienste der UdSSR hingerichtet (XNA, 5.8.81).

d) Der Rede Gromykos vor der 36. UNO-Vollversammlung, bei der der Außenminister versicherte, die Sowjetunion betreibe nur

eine dem friedliche Leben des Sowjetvolkes dienliche Politik, begegnet Xinhua (1.10.81) mit einer Reihe von Fragen: War die Invasion in die Tschechoslowakei und nach Afghanistan "absolut notwendig" für das friedliche Leben des Sowjetvolkes? Dient es dem friedlichen Leben des Sowjetvolkes weiterhin, wenn die Sowjetunion militärische Stellvertreter für die Invasion Angolas, Zaires, Kambodschas und am Horn von Afrika einsetzt? Ist diesem Zweck ferner durch Entsendung regulärer Truppen, militärischer Ratgeber und anderen Personals gedient, das sich in Osteuropa und einigen asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern immerhin auf 900.000 Mann beläuft? Ist zu diesem Zweck die Übernahme von Luft- und Marinebasen wie in Assab/Äthiopien, Aden und Sokotra/Südjemen, in der Cam-Ranh-Bucht, in Da Nang / Vietnam und in Kompong Som/Kambodscha nötig, und braucht man dazu die vier nördlichen Inseln Japans als militärischen Außenposten? Ist diesem Zweck ferner durch die Lagerung und den Einsatz von bakteriologischen und chemischen Waffen in Afghanistan und Kambodscha gedient? Bedarf es dazu eines militärischen Aufmarsches gegen Polen und ständiger Ultimata gegen dieses Land? Muß man zu diesem Zweck sich schließlich auch noch in die ethnischen und religiösen Wirren des Iran einmischen?

e) Besonders beliebt bei den Chinesen ist der Vorwurf von weltweit ausgreifenden "Strategien", die der Sowjetunion unterstellt werden.

- Die Rote Fahne (Ausgabe vom 1. September 1981) bringt einen Rückblick auf die "sozialimperialistischen, hegemonistischen Traditionen der Zaren" und beginnt mit einem ins Detail gehenden Rückblick auf die Politik Wassilis III. (1505-1533), wobei ein roter Faden bis zum Jahre 1981 durchgezogen wird. Im Namen des "heiligen Rußland", des "Panslawismus" und heute der "Hilfe" wurde von Anfang an eine Politik betrieben, die sich inzwischen als Griff nach der Weltmacht decouvrierte.

- Schon vorher hatte RMRB (20.5.81) eine Untersuchung über die "sowjetische Globalstrategie und Expansionspolitik" vorgelegt. Die Phase der offenen Verfolgung einer umgreifenden Globalstrategie wurde danach i.J. 1968 mit der Entsendung von Streitkräften nach Prag eingeleitet. Die wichtigsten Elemente der Globalstrategie lauten: Die USA sind der Hauptgegner, Europa ist strategischer Schwerpunkt, da hier die Rivalität zwischen den beiden Supermächten besonders spürbar werde. Doch kann Europa nicht direkt mit Gewalt genommen werden, sondern ist vom "ausgedehnten Hinterhof Europas", nämlich vom Nahen Osten und von Afrika her, einzukreisen. Gleichzeitig sind die beiden strategischen Zugänge nach Westeuropa, nämlich der Suezkanal und das Kap der Guten Hoffnung, abzuriegeln. Europa wurde damit von 90% seines Erdöls und 70% seiner Mineralienzufuhr abgeschnitten und könnte so ohne einen einzigen Schuß vereinnahmt werden.

In Verfolgung dieses Ziels ist die Südfront zu durchbrechen (Afghanistan als Brückenkopf!) und die Ostfront (Expansion in den asiatisch-pazifischen Raum, Unterstützung Vietnams) zu stärken. Die Sowjetunion wolle den Durchbruch an der Südfront zur Stärkung ihrer Ostfront nutzen, Widerstände umgehen, Europa einkreisen und ihre Operationen im Osten und im Westen koordinieren. Nach Meinung des chinesischen Kommentators verfolgt "Moskau eine Hantelstrategie und versucht, die Malakkastraße, die den Indik mit dem Pazifik verbindet, unter seine Kontrolle zu bringen und dann - in Koordination mit dem Vorstoß nach Süden über Afghanistan, Vietnam und Kambodscha - die Westfront mit der Ostfront zu verbinden und einen Kordon über die Ozeane - d.h. vom Pazifik über den Indik bis zum Atlantik - zu ziehen, um so die Vereinigten

Staaten, China, Japan und Europa einzukreisen".

Jedes Mittel sei dabei recht. Wenn es ohne Krieg gehe - umso besser. "Entspannungspolitik" und "wirtschaftliche Köder" (z.B. gegenüber Japan) sowie "Friedensgesten" aller Art und "strategische Verträge" seien einige bislang bewährte Mittel, um das Ziel der Aufweichung der Hauptgegner zu erreichen.

- Auch von einer neuen "Ostasien-Strategie" ist die Rede. Obwohl der strategische Schwerpunkt in Europa liege, komme doch dem Erdteil Ostasien in der "sowjetischen Globalstrategie" die Rolle einer "wichtigen Flanke" zu. Das Hauptziel der Ostasien-Strategie Moskaus bestehe darin, die USA aus dem Westpazifik zu vertreiben, das strategische Übergewicht in Ostasien und im Westpazifik zu erlangen, China einzukreisen, durch Drohungen und Versprechungen Japan in die Knie zu zwingen und schließlich Kontrolle über die südostasiatischen Länder zu erlangen. Ob diese Strategie gelingt, hänge wesentlich vom Grad des Widerstandes der ostasiatischen Länder ab (BRu 1981, Nr.12, S.19 ff.).

- Schließlich ist noch von einer "neuen Südostasien-Strategie" die Rede (XNA, 25.9.81). Was bedeute es wohl, wenn Vietnam - nach Rücksprache mit Moskau - heute den Wunsch nach Errichtung einer "Neutralen Zone in Südostasien" wünsche? In einem beim Erziehungsfeldzug Anfang 1979 in Vietnam eroberten Dokument habe man schwarz auf weiß nachlesen können, daß die ASEAN-Staaten aus der Sicht Vietnams nichts anderes als "Lakaien des US-Imperialismus" seien. Könne man den Vietnamesen angesichts einer solchen Perzeption wirklich ihren "Neutralitäts"-Vorschlag abnehmen? Auch hier habe man es doch letztlich wiederum nur mit einem Täuschungsmanöver zu tun, um die ASEAN-Staaten "einzulullen".

f) Moskaus Marine schlägt große Wellen: Allein i.J. 1980 habe die Sowjetmarine vierzig neue Schiffe in Dienst gestellt. Alle vier bis fünf Wochen komme ein neues U-Boot hinzu (XNA, 16.7.81). Anfang August fanden große Marinemanöver in der Ostsee statt (XNA, 8.8.81). Mit Jahresbeginn 1981 hatte die sowjetische U-Boot-Flotte eine Stärke von 481 Einheiten erreicht und ist damit doppelt so groß wie die U-Boot-Flotten aller NATO-Staaten zusammengenommen, die es nur auf 219 Einheiten bringen. 89 der sowjetischen U-Boote sind mit ballistischen und 69 mit taktischen Flugkörpern ausgerüstet. 174 U-Boote sind atomgetrieben. Die modernsten sowjetischen Boote vom Typ Delta 3 seien mit Raketen vom Typ SS-N 18 bestückt, die Mehrfachsprengköpfe besitzen und bis zu 8.000 km weit fliegen können.

Neuerdings werde der Ferne Osten verstärkt von der Sowjetmarine "bedient" (XNA, 21.2.81).

-we-

##### (5) Beijings Botschafter verläßt die Ehrentribüne in Sofia

China, das zu den osteuropäischen Staaten ein positives Verhältnis sucht, wobei es stets auf die langfristigen Auswirkungen der inhärenten Spannungen zwischen diesen Ländern und der Sowjetunion hofft, ließ nichts unversucht, um den 1300. Jahrestag der Gründung des bulgarischen Staates, der am 10. September gefeiert werden sollte, würdig zu begehen. Eine Reihe von Ministern nahm an dem Empfang der bulgarischen Botschaft am 8. September in Beijing teil. Am 5. September hatte die Chinesische Vereinigung für die Freundschaft mit dem Ausland ebenfalls einen Empfang gegeben (XNA, 6. und 9.9.81). Als freilich der bulgarische Verteidigungsminister

General Dschurow bei seiner Eröffnungsrede anlässlich der Feierlichkeiten in Sofia auf die Verschlechterung des internationalen Klimas durch die "Aktivierung des Militarismus und der aggressiven Kräfte" zu sprechen kam und dabei nicht nur den "amerikanischen Imperialismus" und die "Kriegstreiber in der NATO", sondern auch den chinesischen "Hegemonismus" als Mitverursacher erwähnte, verließ der chinesische Botschafter die Ehrentribüne.

-we-

## NORDAMERIKA

### **(6) Die chinesisch-amerikanischen Beziehungen: Besuche Haigs, Brzezinski's und Carters; Tadel wegen der "vier alten Freunde"; Lebhafte Kultur- und Medienkontakte**

#### a) Besuchsdiplomatie

Drei führende amerikanische Politiker besuchten in den letzten Monaten China: Außenminister Haig, der frühere amerikanische Präsident Carter und - davon unabhängig - dessen früherer Sicherheitsberater Brzezinski.

Über den Haig-Besuch wurde bereits berichtet (C.a., Juni 1981, 03). Die damals angesprochenen Hauptthemen (amerikanischer Horchposten im Nordwesten Chinas, Lieferung amerikanischer Waffen an China und die Taiwan-Frage) bestimmen auch jetzt noch die Diskussion - vor allem die Waffenlieferungsfrage. Welche militärische Sektoren sind am modernisierungsbedürftigsten? Am schlechtesten steht offensichtlich die chinesische Marine da, gefolgt von der Luftwaffe, der es an Nachtflugausrüstung, an wirklich effektiven Luft-Luft-Raketen und überhaupt an tauglichen Flugabwehrvorrichtungen fehlt.

Auf dem Boden hat China sich vor allem auf die Verteidigung gegen potentiell angreifende sowjetische Panzer einzurichten. Auch hier fehlt es an Panzerabwehrwaffen, vor allem aber an modernen Panzern. Kein Wunder, daß Politiker, wie beispielsweise der designierte US-Botschafter in Beijing, Arthur Hummel, für die Lieferung von Panzer- und Luftabwehrwaffen an China eintritt. Dies sei, wie Hummel vor dem Auswärtigen Ausschuss des Senats versicherte, im Interesse der Vereinigten Staaten, da ein besseres militärisches Gleichgewicht zwischen China und der UdSSR hergestellt würde.

Obwohl Haig nach seiner China-Reise Waffengeschäfte mit China in Abrede stellte (Financial Times, 22.6.81), betonte doch Li Xiannian in einem Interview, daß China durchaus am Kauf moderner amerikanischer Waffen interessiert sei (Kyodo in SWB, 6.7.81).

Hier wird das amerikanische Interesse deutlich, beabsichtigte Waffenverkäufe nicht allzu groß herauszustreichen, da sie bei den Nachbarn Chinas nicht gerade auf Begeisterung stießen.

Kein Blatt in dieser Hinsicht mußte Brzezinski, der frühere amerikanische Sicherheitsberater, bei seinem Beijing-Besuch (3.-19.Juli) vor den Mund nehmen. Er sprach sich für eine "defensive informelle Koalition" zwischen den USA, der VR China, Japan und Westeuropa aus. Ein solches Bündnis werde spätestens in der Zeitspanne zwischen 1983 und 1987 unvermeidlich werden, da der Vorsprung der Sowjetunion sich dann als immer uneinholbarer erweise. Brzezinski begrüße die prinzipielle Absicht der Regierung Reagan, China mit Waffen

zu beliefern. Dies sei nichts anderes als eine logische Fortsetzung der von der Regierung Carter betriebenen Politik. Brzezinski konferierte mit Verteidigungsminister Geng Biao und mit mehreren anderen Spitzenmilitärs (XNA, 19. und 20.7.81).

Vom 24. August bis 3. September besuchte der frühere amerikanische Präsident Carter auf Einladung der chinesischen Regierung die Volksrepublik. Er wurde ebenso wie Brzezinski von Deng Xiaoping und Zhao Ziyang, darüber hinaus noch von Hu Yaobang empfangen. China setzte damit seine auch schon Nixon gegenüber erwiesene Politik fort, die guten Beziehungen zu "alten Freunden" zu pflegen. Deng betonte, daß der unter Nixon eingeleitete Prozeß der Normalisierung zwischen China und den USA von Carter weitergeführt worden sei. Hoffentlich halte sich auch sein Nachfolger an diese Linie. Carter betonte - ganz im Einverständnis mit der chinesischen Regierung -, daß die beiderseitigen Beziehungen auf folgenden fünf Grundlagen weitergeführt werden müßten: strikte Einhaltung der Normalisierungsvereinbarungen; strategisches Bündnis zwischen beiden Staaten zur Einhaltung des Gleichgewichts der Weltkräfte, das von keiner Seite lediglich als taktisches Manöver betrachtet werden dürfe; gegenseitiger Nutzen; Ausweitung der Beziehungen auf die Bereiche Militärwesen, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur; Realismus, Gleichberechtigung und gegenseitiger Respekt (XNA, 27. und 28.8.81). Die strategische Bedeutung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen könnte nur im Kontext der drei großen Globalprobleme (Expansionismus, Ressourcenknappheit und weltweite Bedrohung des Friedens) verstanden werden. Eine Zusammenarbeit zwischen den USA, China, Westeuropa, Japan und zahlreichen Entwicklungsländern sei Voraussetzung, um solche Mächte in die Schranken zu weisen, die versuchen, andere zu beherrschen (XNA, 26.8.81). Die "strategische" Bedeutung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen wurde auch von Deng Xiaoping hervorgehoben. Beide gingen davon aus, daß das bilaterale Verhältnis sich weiter positiv entwickeln werde. Beide erinnerten auch daran, daß während der Präsidentschaft Carters am 1. Januar 1979 die diplomatischen Beziehungen zwischen Washington und Beijing aufgenommen worden waren.

Die Gespräche Carters förderten bei der chinesischen Führung die gleichen Meinungen zutage, wie schon vorher deren Gespräche mit Haig: Danach geht erstens die Hauptbedrohung des Friedens in der Welt und insbesondere in Asien von der UdSSR aus. Zweitens sind die USA deshalb gezwungen, ihre Militärpräsenz in der asiatisch-pazifischen Region aufrechtzuerhalten, und drittens haben sich die USA aus denselben Gründen mit anderen Staaten Asiens, u.a. mit China, zu verbünden (RMRB, 23.6.81).

#### b) Gemeinsamkeiten und Differenzen zwischen Beijing und Washington

Trotz der Versicherung, daß sich beide Mächte immer näher kommen, und trotz der Einigkeit gerade in jenen Fragen, die von Beijing als gegenwärtige Hauptkriterien für freundschaftliche Beziehungen betrachtet werden (Afghanistan, Kambodscha, Oberlegenheit der Sowjetrüstung etc.), gibt es nach wie vor eine Reihe von Differenzen auf außenpolitischem Gebiet, vor allem in der Israel-, der Südafrika- und der Taiwan-Frage sowie bei den Auseinandersetzungen über eine Neue Weltwirtschaftsordnung. Ärger löste in Beijing auch die zunehmende Nachgiebigkeit aus, die Washington angesichts der Moskauer "Zuckerbrot- und Peitschen-Politik" angeblich zeigt.

Nach wie vor wird Washington auch des "Hegemoniestrebens" beschuldigt, so z.B. im Zusammenhang mit der Abrüstungsfrage.

ge. In einem Artikel des Washington-Korrespondenten der Xinhua wird den USA ein "Supermacht-Syndrom" vorgeworfen (XNA, 23.7.81). Viele Amerikaner seien zwar Vernunftargumenten zugänglich, doch andere möchten sich am liebsten überall einmischen. Dies zeige nicht zuletzt ihre Haltung gegenüber China: Zuerst hätten Leute dieser Art erklärt, China existiere überhaupt nicht. Später seien sie auf die Zwei-China-Formel eingeschwenkt. Man könne nur hoffen, daß dieses "Supermacht"-Denken nicht weiter um sich greife.

Beijing trägt es der amerikanischen Führung auch jetzt noch nach, daß sie im April 1981 das Getreideembargo gegenüber der Sowjetunion aufgehoben habe. Vier Rechtfertigungen seien dafür vor allem vorgebracht worden, die jedoch alle unhaltbar seien, nämlich 1. es handle sich hier um kein Zeichen von Schwäche der amerikanischen Position; 2. die Lage um Polen habe sich entspannt; 3. es dürften nicht die amerikanischen Farmer sein, denen man aus außenpolitischen Gründen wirtschaftliche Lasten auferlege, und 4. das Embargo habe sich als wirkungslos erwiesen.

Besonders negativ in Beijing wird schließlich vermerkt, daß Washington, koste es, was es wolle, einfach nicht von seinen "vier alten Freunden" (Israel, Südafrika, Südkorea und Taiwan) ablassen wolle (XNA, 8.7.81). Dadurch mache sich die amerikanische Außenpolitik unglaublich und erschwere eine Zusammenarbeit mit vielen Ländern der Dritten Welt, die eine solche Politik einfach nicht zu verstehen vermögen.

Voller Unverständnis betrachtet die Führung in Beijing ferner einige innenpolitische Maßnahmen der neuen Regierung, vor allem die "Gewaltmaßnahmen" zur Ausschließung der Fluglotsen (BRu 1981, Nr.34, S.13 f.) und die Reduzierung des Sozialhaushalts, gegen die am 19. September 200.000 amerikanische "Werkstätige" in Washington protestierten (BRu 1981, Nr.40, S.26 f.).

c) Im Bereich der Kultur und des Handels hält der Aufwärtstrend an: Am 5. September wurde ein "Programm über den Kulturaustausch für den Zeitraum 1982-83" unterzeichnet. Es handelt sich um das zweite derartige Programm seit dem Abschluß des Kulturabkommens zwischen beiden Ländern i.J. 1979. Vorgesehen ist ein Austausch auf den Gebieten Kunst, Erziehung, Journalismus, Funkwesen, Fernsehen, Bibliotheks-, Archiv- und Übersetzungswesen, Sport und Naturwissenschaften (XNA, 7.9.81). Die "Voice of America" und drei weitere amerikanische Rundfunkgesellschaften dürfen Korrespondentenbüros in Beijing eröffnen. Es handle sich dabei allerdings nur um Rundfunkjournalisten; ständige Fernsteams seien nicht zugelassen. Radio Moskau sieht in der "Errichtung der Stimme Amerikas in China, also eines verleumderischen Sprachrohrs der reaktionären Kräfte im Kampf gegen die sozialistischen Länder... einen weiteren Schritt in der gefährlichen Annäherung der aggressiven Kräfte des Imperialismus an die regierenden Kreise Chinas" (Radio Moskau, 25.8.81). Neben der "Voice of America" sind die Rundfunkstationen CBS, NBC und ABC zugelassen. Gegenwärtig gibt es bereits 17 amerikanische Korrespondenten in Beijing, die die Nachrichtenagenturen Associated Press, UPI, neun Zeitungen und drei Nachrichtenmagazine vertreten. Damit stellen die Amerikaner schon bald ein Fünftel aller in Beijing akkreditierten Auslandskorrespondenten.

Gegenwärtig studieren in den USA 6.000 Chinesen und an die 300 Amerikaner in China. Während die ersteren sämtliche Möglichkeiten des privaten Kontakts hätten, seien den letzteren strenge Bindungen auferlegt. Dafür hätten die Amerikaner wenig Verständnis (IHT, 7.9.81).

Anfang September wurde in Beijing die erste Ausstellung amerikanischer Malerei eröffnet, bei der siebzig Bilder gezeigt werden, die alle Epochen der 200jährigen amerikanischen Geschichte repräsentieren.

-we-

## INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

### (7) Europäische Parlamentarierdelegationen in China

Europäische Delegierte drücken sich in Beijing die Klinke in die Hand. Erst im Juli hatte eine Abordnung unter der Leitung von Simone Veil China besucht (vom 17. bis 28. Juli) und dabei Themen berührt, die für die chinesischen Gesprächspartner äußerst angenehm waren, so z.B. die Verurteilung des "sowjetischen Hegemonismus" und das Angebot einer weiteren Zusammenarbeit. Seit der Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen China und der EG i.J. 1975 hätten sich die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen beiden Seiten zufriedenstellend entwickelt; es gebe keine grundlegenden Interessenkonflikte zwischen beiden Seiten. Die EG könne mit China bei der Entwicklung der Leichtindustrie, des Verkehrs- und des Transportwesens sowie der Energie zusammenarbeiten (XNA, 20.7.81; BRu 1981, Nr.31, S.8; XNA, 30.7.81). China versäume auch nicht, seine Besorgnisse über die Versuche der Sowjetunion zu äußern, einen Keil zwischen die EG und die USA zu treiben (z.B. XNA, 6.5.81).

Ein Jahr früher, vom 17. bis 19. Juni, hatte die erste Begegnung zwischen den Delegationen des Europäischen Parlaments und des chinesischen NVK stattgefunden, und zwar in Brüssel. Gilles Martinet, der Vorsitzende der Ausschüsse der Interparlamentarischen Delegation, stellte in einer Rede mehrere Fragen an die Delegierten: Welche Ausrüstungs- und Verbrauchsgüter werden gegenwärtig am meisten in China benötigt? Ist die Rüstungsindustrie eine Hauptsorge? Sollen innerhalb des EG-China-Handelsabkommens Arbeitsgruppen geschaffen werden, die die Durchführung des Abkommens erleichtern? Ist ein internationaler Energieplan möglich? Würde China im Hinblick auf seine Industrialisierungsziele an einem solchen Plan teilnehmen? Ist China in der Lage, an die EG Chrom, Mangan und Vanadium zu liefern? Bis zu welchem Maße können in China Joint Ventures geschaffen werden? (Diese Frage ist inzwischen durch das chinesische Gesetz über Gemeinschaftsunternehmen beantwortet worden.) Ist die in letzter Zeit so stark angestiegene chinesische Inflationsrate auf das Defizit in der chinesischen Zahlungsbilanz zurückzuführen? Welche Bedeutung mißt China dem wissenschaftlichen oder kulturellen Austausch mit der EG bei? Mit welchen Ländern will China den Austausch vorrangig entwickeln? Kann der NVK oder das Europäische Parlament den Wissenschaftsaustausch fördern? (Drucksache PE 68400/Präs. des Europäischen Parlaments vom 15.12.1980)

Anfang September nun reiste eine weitere EG-Parlamentarier-Delegation, diesmal unter der Leitung von Gilles Martinet, nach China. Die damals gestellten Fragen wurden aber bisher offensichtlich noch nicht befriedigend beantwortet. Dies liegt vielleicht nicht zuletzt daran, daß der chinesische NVK de facto so wenig Möglichkeiten hat. Im Vordergrund standen auch diesmal wieder der "Meinungsaustausch über die gegenwärtige Weltlage, die Wirtschaft in Europa, die politische und wirtschaftliche Situation in China und die Beziehungen zwischen China und der EG" (XNA, 2.9.81).

Vom 30. März bis 10. April hatte in Brüssel eine "EG-China-Handelswoche" stattgefunden, an der Vizeministerpräsident Gu Mu mit einer Reihe von Verantwortlichen aus Wirtschaftsabteilungen und Ministerien teilnahm. Zuhörer waren 700 Manager aus mehr als 300 EG-Unternehmen und Banken. Während der Handelswoche erklärte die chinesische Seite den Europäern Einzelheiten über den chinesischen Binnen- und Außenhandel sowie über die Wirtschaftsreformen. Beide Seiten diskutierten auch Fragen wie den Bau von Hafenanlagen, Eisenbahnen, Kraftwerken, ferner der technischen Umgestaltung der Leichtindustrie und der Energiewirtschaft. Die Chinesen hoffen darüber hinaus, daß Westeuropa an China Getreide, Zuchtvieh und landwirtschaftliche sowie tierische Produkte liefern wird. China werde solchen Importen Priorität einräumen. Am Schluß wurde ein gemeinsames Kommuniqué veröffentlicht, in dem beide Seiten den Wunsch nach Weiterentwicklung ihrer Wirtschafts- und Handelsbeziehungen bekräftigten. Das Handelsvolumen zwischen China und der EG ist von 21 Mio. US\$ i. J. 1977 auf 50 Mio. US\$ i. J. 1980 gestiegen. Hierbei betrug das chinesische Exportvolumen 23 Mio. US\$ (XNA, 31.3., 1. und 2.4.81).

-we-

## **INNENPOLITIK**

### **(8) Kritik an sog. "bürgerlicher Liberalisierung"**

Das Organ des Zentralkomitees der KP China, die "Volkszeitung", hat am 31. August 1981 zur Kritik an einer sog. "bürgerlichen Liberalisierung" an der "ideologischen Front" aufgerufen. Unter "ideologischer Front" sind im wesentlichen folgende Bereiche zu verstehen: Kunst und Literatur, Theorie, Nachrichtenwesen, Verlagswesen und Erziehungswesen. Die "Volkszeitung" berichtete von einer Aussprache Deng Xiaopings mit Verantwortlichen des KPCh-Propagandaapparats vom 17. Juli 1981, während der Deng Xiaoping nachdrücklich auf eine Kritik bürgerlich-liberaler Tendenzen insbesondere auf dem Literatur- und Kunstsektor gedrungen hatte. Dabei hatte Deng den Schriftsteller Bai Hua wegen dessen Filmdrehbuch "Unerwiderte Liebe" namentlich kritisiert. Die "Volkszeitung" zitierte Deng Xiaoping u. a. mit folgendem Satz: "Der Kern der 'Vier grundlegenden Prinzipien' ist das Festhalten an der Führung durch die Partei, und der Kern der bürgerlichen Liberalisierung ist eben genau der Kampf gegen die Führung durch die Partei." Der "Volkszeitung" zufolge kritisierte Deng Xiaoping die Verantwortlichen an der "ideologischen Front", da sie die Tendenz einer "bürgerlichen Liberalisierung" zu wenig beachtet, kritisiert und bekämpft hätten (siehe auch RMRB, 1.9.81). Deng betonte jedoch, daß zur Kritik der "bürgerlichen Liberalisierung" nicht wieder der alte Weg eingeschlagen und eine "Kampagne" gemacht werden dürfe. Die seit der Deng-Kritik an bürgerlichen Liberalisierungstendenzen nicht mehr von Beijing unterstützte Hongkonger Zeitschrift "Zhengming" berichtete in ihrer Oktober-Ausgabe, daß Deng Xiaoping und Hu Yaobang ursprünglich eine größere Kampagne zur Kritik an der sog. "bürgerlichen Liberalisierung" geplant hätten. Ministerpräsident Zhao Ziyang habe sich jedoch entschieden dagegen ausgesprochen, da seiner Meinung nach eine Kritikkampagne größeren Stils den Wirtschaftsaufbau negativ beeinflussen würde. Außerdem seien wegen der Kritik an Bai Hua bereits einige Auslandschinesen, die in China gelehrt hätten, abgereist, und eine Gruppe von amerikanischen Auslandschinesen habe deshalb ihren geplanten Lehraufenthalt in China abgesagt (Zhengming, Nr. 48, S. 13-14). Die schärfere Gangart der chinesischen Parteiführung

gegen von der Parteimeinung abweichende Auffassungen haben bisher nicht nur Bai Hua und andere seiner Schriftstellerkollegen zu spüren bekommen, sondern auch die Aktivisten der "Demokratischen Bewegung" aus den Jahren 1978/79: Nahezu alle ihrer Führer sind mittlerweile verhaftet und zumeist ohne ordentliches Strafverfahren in Arbeitslager verschickt worden. Das schärfere Vorgehen gegen Kritiker der Partei wurde auch in Hongkong spürbar: Dort mußte Ende Juli 1981 die Tageszeitung "Zhengming Ribao" nach nur einmonatiger Erscheinung dichtmachen, weil sie von kommunistischen Unternehmen plötzlich nicht mehr unterstützt wurde. Die von der KPCh in den letzten Wochen immer wieder beschworene Methode der "Kritik und Selbstkritik" scheint für die Kritiker der Partei nur insofern zu gelten, als die Partei das alleinige Recht auf Kritik hat, während die von der Partei kritisierten nur Selbstkritik im Sinne der Kritik der Partei üben dürfen.

-sch-

### **(9) Kritik an Bai Huas Drehbuch "Unerwiderte Liebe" wieder aufgeflammt**

Im Rahmen einer großangelegten Kritik an der "bürgerlichen Liberalisierung" ist die Kritik an dem Drehbuch "Unerwiderte Liebe" des Schriftstellers Bai Hua sowohl innerhalb der KP Chinas als auch in den chinesischen Massenmedien wiederaufgeflammt (zur ersten Kritikrunde an Bai Hua siehe B. Staiger, "Die Rehabilitierung Hu Fengs und die Kritik an Bai Hua...", in C.a., Juni 1981). Der amtierende chinesische Kultusminister, Zhou Weizhi, ging in seinem Bericht über einige Probleme auf dem kulturellen und künstlerischen Sektor auf der 20. Sitzung des Ständigen Ausschusses des V. NVK ebenfalls namentlich auf Bai Hua ein. Zhou bezeichnete Bai Huas Drehbuch "Unerwiderte Liebe" als ein Beispiel für Tendenzen innerhalb des literarischen und künstlerischen Sektors, nach absoluten Freiheiten und extremen individualistischen Rechten zu verlangen, sich von der Parteiführung loszulösen, vom sozialistischen Weg abzuweichen zu wollen und für eine bürgerliche Liberalisierung einzutreten. Deshalb müsse dieses Drehbuch einer ernststen Kritik unterzogen werden. Zhou Weizhi forderte jedoch, gegenüber dem Verfasser eine Haltung der "Erziehung, Hilfe und Einheit" einzunehmen (RMRB, 10.9.81). Parteiintern wurden jedoch gegen Bai Hua wesentlich härtere Töne angeschlagen: Innerhalb des ZK-Dokuments 1981/Nr. 30 wurde Bai Hua ultimativ zur Selbstkritik aufgefordert und erhielt eine scharfe Verwarnung des Zentralkomitees: Unter Umständen könne sich der Widerspruch zwischen ihm und der Partei, der bislang noch ein "Widerspruch im Volke" gewesen sei, in einen "Widerspruch zwischen uns (KPCh) und dem Feind (Bai Hua)" verwandeln. Der Fall Wei Jingsheng (der im Oktober 1979 zu 15 Jahren Haft verurteilt worden war) sei ein Beispiel hierfür (nach Zhengming, Nr. 48, 1.10.81, S. 8). Darüber hinaus wurde in dem ZK-Dokument die Shanghaier Wenhui Bao aufgefordert, Artikel zur Kritik an Bai Huas "Unerwiderte Liebe" zu verfassen, die von der Volkszeitung nachzudrucken sind (nach ebenda).

Das Wiederaufleben der Kritik an Bai Hua geht zurück auf eine namentliche Kritik Deng Xiaopings an dem Autor von "Unerwiderte Liebe" während eines Gespräches mit hohen Parteikadern des KPCh-Propagandaapparats am 17. Juli 1981. Damals hatte Deng Xiaoping Bai Hua u. a. vorgeworfen, daß es ihm an dem notwendigen Parteigeist mangle. Anfang August 1981 fand dann im Auftrag des Zentralkomitees ein nationales Forum über Probleme an der ideologischen Front in Beijing statt, das von der ZK-Propagandaabteilung veranstaltet worden war. In einer Rede auf diesem Forum kritisierte auch der ZK-Vorsitzende Hu Yaobang das Drehbuch Bai Huas: "Unerwiderte